

Newsletter 5/2011 - Agnieszka Malczak, MdB, Abrüstungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

mit diesem Newsletter möchte ich Sie und euch ein weiteres Mal darüber informieren, was in der letzten Zeit im Bundestag, im Landesverband Baden-Württemberg und in meinem Wahlkreis Ravensburg passiert ist.

Jeden Tag erreichen uns neue Meldungen über die Euro-Krise, neue Rettungspakete werden geschnürt und der Bundestag sowie die Fraktionen beschäftigen sich intensiv mit dem Thema Europa. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass es einen sozial-ökologischen Weg aus der Krise gibt, und dass die große Idee von Europa erhalten bleibt.

Neuerdings hat die Bundesregierung unter dem Titel „Die Bundeswehr online“ mit einem Youtube-Video für die Bundeswehr geworben, das jedes Augenmaß für Öffentlichkeitsarbeit vermissen lässt. Ich habe dieses Video in den letzten Tagen öffentlichkeitswirksam kritisiert, mit dem Erfolg, dass die Bundesregierung das Video inzwischen wieder aus dem Netz nehmen musste. Presseartikel dazu finden Sie unten.

In der letzten Woche hat sich der Bundestag aufgrund mehrerer grüner Initiativen mit dem Thema Streumunition beschäftigt. Denn bei den Verhandlungen zum UN-Waffenübereinkommen setzen sich einige Nichtvertragsstaaten für neue Standards in einem Protokoll zu Streumunition ein, die das umfassende Verbot von Streumunition untergraben würden. Die Bundesregierung ignoriert die Sorgen von Zivilgesellschaft und ExpertInnen und setzt ihre Bemühungen zu Gunsten eines Protokolls zu Streumunition im Rahmen des UN-Waffenübereinkommens blind fort. Außerdem wollen wir ein Verbot von Investitionen in diese barbarische Waffe.

Aber auch das Thema Fürsorge hat mich in den letzten Wochen sehr beschäftigt. Im Bundestag wurde es intensiv diskutiert - und das mit großer Einigkeit zwischen den Fraktionen. Das galt zum Beispiel für die Entschädigung der Radarstrahlenopfer. Aber auch das Einsatzversorgungs-Verbesserungsgesetz stand in der dritten Lesung auf der Tagesordnung, als Grüne begrüßen wir dieses Gesetz, aber es reicht noch lange nicht aus. Meine Reden und die Anträge dazu sind unten aufgeführt.

In Oberschwaben und in ganz Baden-Württemberg wird nach wie vor das Thema Stuttgart 21 intensiv diskutiert. Dazu habe ich mit dem Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer eine Informations-Tour veranstaltet. Ich möchte Sie und Euch alle aufrufen, sich am 27. November 2011 an der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 zu beteiligen und JA zum Ausstieg aus diesem Wahnsinns-Projekt zu sagen.

Viele liebe Grüße

Eure und Ihre Agnieszka Malczak

1. Aus dem Bundestag

Pressemitteilung und Artikel: Dienst bei der Bundeswehr als Ballerspiel: Öffentlichkeitsarbeit ohne jedes Augenmaß

Die Bundesregierung hat auf ihrem Youtube-Channel ein Video unter dem Titel "Die Bundeswehr online" veröffentlicht, mit dem sie auf den Youtube-Channel der Bundeswehr hinweisen wollte. Das Video vergreift sich jedoch in der Tonalität. Durch Bildschnitte und Untermalung mit Hardrock-Musik wird an den Stil von Ego-Shootern angeknüpft. [Mit einer](#)

[Pressemitteilung äußerte Agnieszka Malczak Kritik](#) an dem Video – Die Bundesregierung hat das Video inzwischen aus dem Netz genommen. [Hier geht es zu einigen Presseartikeln in der Welt, dem Handelsblatt und in anderen Medien dazu.](#)

Rede und interfraktioneller Antrag: Investitionen in Antipersonenminen und Streumunition gesetzlich verbieten und die steuerliche Förderung beenden

Antipersonenminen und Streumunition sind grausame Waffen. Die weit überwiegende Zahl der Opfer sind Zivilistinnen und Zivilisten, darunter vor allem Kinder. Weil sie oftmals nicht sofort explodieren, werden auch noch lange nach dem Abwurf Menschen durch Landminen und Streumunition getötet oder verstümmelt. Noch heute gefährden Millionen nicht explodierter Minen und Streumunitionen die Bevölkerung vieler Staaten. Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der Linken fordern in diesem Antrag, Investitionen in Unternehmen zu verbieten, die Antipersonenminen und Streumunition herstellen oder entwickeln. [Hier geht es zum Antrag als PDF-Datei.](#)

Am Donnerstag, dem 20. Oktober 2011 wurde der Antrag im Plenum diskutiert. [Hier geht es zur Rede von Agnieszka Malczak in dieser Debatte.](#)

Rede und Antrag: Gegen eine Aufweichung des Verbotes von Streumunition

Die Konvention gegen Streumunition (auch Oslo-Konvention genannt), trat 2010 in Kraft. Sie verbietet den Einsatz, die Herstellung und Weitergabe dieser grausamen Waffe und stellt eine bedeutende Weiterentwicklung des Humanitären Völkerrechts dar. Deutschland hat die Oslo-Konvention ratifiziert und ist damit an die darin verankerten Normen gebunden. Derzeit beobachten wir jedoch mit großer Sorge gleich in mehreren Bereichen eine Entwicklung, die das Verbot von Streumunition unterminiert. In den vergangenen Wochen und Monaten hat die Zivilgesellschaft vermehrt auf diese Probleme aufmerksam gemacht. Ebenso hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen mehrere parlamentarische Initiativen in Gang gebracht, denen sich auch andere Fraktionen angeschlossen haben. Die großen Hersteller- und Besitzerstaaten sind darum bemüht, die Wirkung der Oslo-Konvention auf sie auszuhebeln. Bei den Verhandlungen zum UN-Waffenübereinkommen setzen sich einige Nichtvertragsstaaten für neue Standards in einem Protokoll zu Streumunition ein, die das umfassende Verbot von Streumunition untergraben würden. Um sich dem Wirkungsradius von Oslo zu entziehen, soll ein zweiter, laxer völkerrechtlicher Referenzrahmen geschaffen werden, in den Nichtvertragsstaaten entweichen können. Ein solcher Rückschritt bei einem Waffenverbot wäre ein Präzedenzfall im Humanitären Völkerrecht. Die Bundesregierung ignoriert die Sorgen von Zivilgesellschaft und Experten und setzt ihre Bemühungen zu Gunsten eines Protokolls zu Streumunition im Rahmen des UN-Waffenübereinkommens blind fort. Am Donnerstag, dem 10. November 2011, debattierte der Bundestag über den Antrag von SPD und Grünen, die Zustimmung Deutschlands zu einem Protokoll zu Streumunition in Genf zu verhindern. [Hier finden Sie den Antrag als PDF-Datei.](#)

[Hier geht es zur Rede dazu von Agnieszka Malczak.](#)

Pressemitteilung: Mehr Anstrengung für die Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle

Der Kabinettsbeschluss zur Aussetzung von KSE-Vertragsverpflichtungen gegenüber Russland macht deutlich, dass es der Abrüstungspolitik der Bundesregierung eklatant an

Initiative und Einsatz mangelt. [Hier geht es zur Pressemitteilung dazu von Agnieszka Malczak.](#)

Positionspapier: Attraktivität ist mehr als nur ein Geldbetrag - Leitgedanken für die Arbeitgeberin Bundeswehr

Vor dem Hintergrund der Reform der Bundeswehr setzen sich die Bundestagsabgeordneten Agnieszka Malczak, Omid Nouripour, Katja Keul, Tom Koenigs und Beate Müller-Gemmeke in diesem Positionspapier damit auseinander, welche Weichen für ein gutes Verhältnis zwischen der Bundeswehr als Arbeitgeberin und den Soldatinnen und Soldaten gestellt werden müssen. Dabei geht es ihnen mehr als nur die Höhe von Auszahlungen. Es geht ihnen um gute Rahmenbedingungen für die Soldatinnen und Soldaten, die sich über die Entlohnung hinaus auf Führungskultur und Personalmanagement, Nachwuchsgewinnung, Aus- und Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Dienst und Fürsorge erstrecken. [Hier geht es zum Positionspapier als PDF-Datei.](#)

Pressemitteilung: Steigende PTBS-Fallzahlen: Betroffene nicht im Regen stehen lassen

Immer mehr Soldatinnen und Soldaten leiden unter einer posttraumatischen Belastungsstörung. Das unterstreicht den Handlungsbedarf in diesem Bereich. Die Prävention einer Traumatisierung muss intensiv weiter erforscht und entwickelt werden, das Führungspersonal muss entsprechend geschult werden. Hier finden Sie die Pressemitteilung: <http://www.malczak.de/hauptmenue/presse/presse/datum/2011/10/20/steigende-ptbs-fallzahlen-betroffene-nicht-im-regen-stehen-lassen/>

Persönliche Erklärung zur Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober

Am 26. Oktober 2011 stimmte der Bundestag einem Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel zu. [Hier geht es zur persönlichen Erklärung von Agnieszka Malczak zur Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel als PDF.](#)

Rede und Antrag "Zivilpersonal in Konflikten besser betreuen"

Konflikte sind mit dem Einsatz militärischer Mittel nicht wirklich zu lösen. Ohne den Einsatz von zivilen Fachkräften wäre jedes Engagement hoffnungslos. Bei Schwierigkeiten können sie aber in der Regel nicht auf ein Netzwerk sozialer und psychosozialer Betreuung zurück greifen, wie es beispielsweise den SoldatInnen der Bundeswehr zur Verfügung steht (bei allen Problemen, die auch in diesem Bereich noch bestehen). Die Betreuungsmöglichkeiten für Zivilpersonal müssen verbessert werden. Dazu hat die Bundestagsfraktion einen Antrag eingebracht, der am 27. Oktober 2011 im Bundestagsplenum auf der Tagesordnung stand. [Hier geht es zur Rede von Agnieszka Malczak dazu.](#) [Hier geht es zum Antrag dazu als PDF-Datei.](#)

Rede zur dritten Lesung des Einsatzversorgungs-Verbesserungsgesetzes

Am 28. Oktober 2011 redete Agnieszka Malczak im Plenum des Bundestages zur zweiten und dritten Lesung des Einsatzversorgungs-Verbesserungsgesetzes. "Es ist Aufgabe des Bundestages, darauf zu achten, dass das Wort „Fürsorge“ in der Parlamentsarmee nicht nur

eine Leerformel, sondern ein handlungsleitendes Prinzip ist. Wir müssen sicherstellen, dass die Betroffenen schnelle Hilfe bekommen und dass sie die Gewährung dieser Hilfe nicht als ein mühsam erkämpftes Recht, sondern als eine Selbstverständlichkeit empfinden können."

[Hier geht es zur Rede.](#)

[Hier geht es zum Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.](#)

Rede und Antrag zum Ausgleich für Radargeschädigte

Am 10. November 2011 redete Agnieszka Malczak im Bundestag zum Tagesordnungspunkt „Ausgleich für Radargeschädigte“. Bis in die 1980er Jahre hinein waren Angehörige der Bundeswehr und der ehemaligen NVA an Geräten eingesetzt, von denen eine gesundheitsschädliche Strahlung ausging, und sind teilweise schwer erkrankt. Häufig können die Betroffenen den ursächlichen Zusammenhang zwischen Dienst an der potenziellen Strahlenquelle und ihrer späteren Erkrankung nicht nachweisen, da Dauer und Intensität der Exposition im Einzelfall nicht sicher rekonstruiert werden können. Mit einem überfraktionellen Antrag fordern CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne die Bundesregierung unter anderem dazu auf, die Vorschläge der Radarkommission aus dem Jahr 2003 umzusetzen, aber auch für bestimmte Fälle die Einrichtung einer Stiftung zu prüfen. [Hier geht es zum Antrag als PDF-Datei.](#)

[Hier geht es zur Rede von Agnieszka Malczak dazu im Bundestag vom 10.11.2011.](#)

2. Aus dem Wahlkreis und aus Baden-Württemberg

Südbahntour und Artikel: JA zum Ausstieg!

Gemeinsam waren Agnieszka Malczak und Boris Palmer am 04. November 2011 mit der Südbahn unterwegs, um über Stuttgart 21 zu informieren, zu diskutieren und für ein Ja zum Ausstieg zu werben. Sie machten Halt in Ulm, Ravensburg und Friedrichshafen. Hier finden Sie einen Bericht über die Ravensburger Veranstaltung:

<http://www.malczak.de/hauptmenue/nachrichten/nachricht/datum/2011/11/13/suedbahntour-war-ein-voller-erfolg/>

Hier finden Sie außerdem einige ausgewählte Artikel über die Südbahntour in der [Schwäbischen Zeitung](#), im [Südkurier](#) und in der [Südwest Presse](#).

Gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern werben Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg dafür, am 27. November 2011 an der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 teilzunehmen. Ich bitte auch Sie und Euch ganz herzlich, sich zu beteiligen und JA zu sagen zum Ausstieg aus diesem unvernünftigen Verkehrsprojekt. Alle Informationen rund um Stuttgart 21 und die Grünen Positionen hierzu gibt es auch online unter: <http://gruene-bw.de/ja-zum-ausstieg.html>

Agnieszka Malczak

Mitglied des Bundestages

Mitglied im Verteidigungsausschuss

Sprecherin für Abrüstungspolitik
der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefonnr.: 030-227-71570

Telefaxnr.: 030-227-76195

E-Mail: agnes.malczak@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Kornhausgasse 3

88212 Ravensburg

Telefonnr.: 0751-3593966

Telefaxnr.: 0751-3593967

E-Mail: agnes.malczak@wk.bundestag.de

Newsletter von Agnieszka Malczak bestellen?

<http://www.malczak.de/sekm-r/newsletter-bestellen/>